



**Verband für
landwirtschaftliche
Fachbildung
in Bayern e. V.**

Organisation für Aus-,
Fort- und Weiterbildung
im Agrarbereich

www.vlf-bayern.de

Antworten der Parteien auf die Frage 8

„Ehrenamt stärken“

CSU

Ehrenamtliche leisten in Bayern einen erheblichen Beitrag für eine funktionierende Gemeinschaft. Gut 47 Prozent aller über 14-Jährigen im Freistaat sind ehrenamtlich aktiv. Das ist ein großartiges Bekenntnis zu unserem Land. Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und ehrenamtlicher Tätigkeiten hat in Bayern seit 2014 Verfassungsrang und ist eine politische Daueraufgabe. Bürgerschaftliches Engagement und staatliches Handeln ergänzen sich sinnvoll. Ehrenamt ersetzt den Staat nicht, sondern bereichert ihn. Bürgerschaftliches Engagement stärkt den Zusammenhalt in der Gesellschaft und ist ein Ausdruck gelebter Demokratie. Die Förderung des Ehrenamtes erfolgt in Bayern auf allen politischen Ebenen. Eine wichtige Säule ist die Anerkennungskultur, die wir u.a. mit der Ehrenamtskarte, dem Ehrenamts-nachweis oder dem Innovationspreis Ehrenamt pflegen. Darüber hinaus haben wir die Ehrenamtsversicherung als subsidiäre Auffangversicherung eingerichtet. Mit der Zukunftsstiftung, die derzeit mit 2,5 Mio. Euro aus Landesmitteln dotiert ist, wollen wir innovative Projekte des bürgerschaftlichen Engagements anstoßen. Außerdem unterstützen wir das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (LBE) in Nürnberg und die Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen/Freiwilligenzentren/Koordinierungszentren Bürgerschaftlichen Engagements in Bayern. Mit rund 135 Koordinierungszentren, Freiwilligenagenturen und -zentren verfügt Bayern über eine flächendeckende Infrastruktur zu allen Fragen rund um das Ehrenamt vor Ort. Diese Einrichtungen heben nachweislich das Engagementpotential. Bei den Koordinierungszentren (KoBE) wurden seit 2010 rund 65 Einrichtungen mit gut 2 Millionen Euro gefördert. Die KoBE sind eine wichtige Anlaufstelle vor Ort und fördern das Ehrenamt dort, wo es stattfindet: in der Region. Um dem Ehrenamt auf Staatsebene weiteres Gewicht zu verleihen, berät und unterstützt seit 21. März 2018 Frau Gudrun Brendel-Fischer MdL als Beauftragte die Staatsregierung in Fragen des ehrenamtlichen Engagements, seiner Förderung und seiner Würdigung. Beim Ehrenamt zählen die Menschen und nicht Paragraphen. Es gilt, die Vereine und Verbände bei uns im Land vor unnötiger Bürokratie zu bewahren. Deswegen haben wir beispielsweise bei der Datenschutz-

Geschäftsstelle

Herrnstraße 16
85368 Moosburg a. d. Isar
Tel 08761 3909 953
Fax 08761 3909 952
info@vlf-bayern.de

Steuernummer 115/111/20669

Landesvorsitzender

Hans Koller

stv. Vorsitzende

Christine Wutz
Harald Schäfer

Geschäftsführer

Thomas Mirsch

Mitgliedsverbände

vlf-Bezirksverband Oberbayern
vlf-Bezirksverband Niederbayern
vlf-Bezirksverband Oberpfalz
vlf-Bezirksverband Oberfranken
vlf-Bezirksverband Mittelfranken
vlf-Bezirksverband Unterfranken
vlf-Bezirksverband Schwaben

Verband landwirtschaftlicher Meister
und Ausbilder in Bayern e.V. (VLM)

Landesverband der Ingenieure,
Techniker und Betriebswirte für
Agrarwirtschaft in Bayern (ITB)

Verband ehemaliger Veitshöchheimer
e.V. (VeV)

Grundverordnung (DSGVO) den bayerischen Weg entworfen und werden den Ehrenamtlichen mit praxisnahen und verständlichen Ratschlägen helfen, die Anforderungen des Datenschutzes rechtskonform umzusetzen. Weitere Entlastungen planen wir etwa in Sachen GEMA sowie bei Übungsleiter- und Ehrenamtszuschüssen. Entbürokratisierung und verbesserte Rahmenbedingungen für das Ehrenamt stehen also ganz oben auf der Agenda. Mit dem „Leitfaden für Vereinsfeiern“, der die ehrenamtlichen Helfer bei der Pflege bayerischer Traditionen und der Planung von Festen unterstützt, hat die Staatsregierung einen neuen Weg beschritten. Die Vereine und Verbände konnten hier ihre praktischen Erfahrungen und Vorschläge einbringen. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Seit September 2016 gibt es in der Bayerischen Staatskanzlei außerdem das „Sorgentelefon Ehrenamt“ (089/1222212 oder direkt@bayern.de), das persönliche, kompetente Unterstützung für Ehrenamtliche bietet, um sich bei allen Vorschriften für Veranstaltungen zurechtzufinden.

SPD

Seit 2003 ist die Stärkung des Ehrenamts Verfassungsziel. Die SPD hat dem als bislang einzige politische Kraft in Bayern Rechnung getragen und einen Gesetzentwurf in den Landtag eingereicht, der das Ziel verfolgt, die Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements in Bayern nachhaltig zu stärken und eine Mitsprache auf Augenhöhe zu ermöglichen. Außerdem wollen wir die Koordination zwischen den Ehrenamtlichen bzw. auch zwischen Ehren- und Hauptamtlichen verbessern, Hindernisse in der täglichen Arbeit der engagierten Bürgerinnen und Bürger abbauen und angemessene Anerkennungs- und Förderungsformen schaffen – ohne aber das Ehrenamt zu monetarisieren. Wir fordern unter anderem die flächendeckende Einrichtung und bessere finanzielle Ausstattung von Koordinierungszentren, mehr Personal für und eine bessere Erreichbarkeit vom „Sorgentelefon Ehrenamt“, einen Landesbeirat sowie einen beim Landtag angesiedelten Landesbeauftragten für Ehrenamt, eine auf lange Sicht und solide Finanzierung gegründete Ehrenamtsstiftung sowie eine weiterentwickelte Ehrenamtskarte. Den gesamten Forderungskatalog finden Sie in unserem Gesetzentwurf (LT-Drucksache 17/7764).

FDP

Wir Freie Demokraten sprechen uns für mehr Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen aus. Das gilt ganz besonders für die Kommunen – hier steht der einzelne Bürger mit seinen Bedürfnissen ganz unmittelbar im Mittelpunkt des politischen Handelns. Die Bürger müssen in besonderem Maße in der Lage sein, die Lebensbedingungen vor Ort mitzugestalten. Wir wollen keinen Obrigkeits- und Zuschauerstaat – sondern die Teilhabe aller am Gemeinwesen. Die Bürger haben ein Recht auf Transparenz im öffentlichen Handeln sowie auf eine schlanke und effiziente Verwaltung, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und nicht umgekehrt. Deshalb wollen wir Freie Demokraten die kommunale Selbstverwaltung und das Subsidiaritätsprinzip stärken und ehrenamtliches Engagement vor Ort fördern. Weiterhin können wir uns eine Evaluierung von Gesetzen durch die Bürger vorstellen. Die Bürger sollen ihre Erfahrungen, ihre Kritik oder ihre Verbesserungsvorschläge zu dem entsprechenden Gesetz auf einer Internetseite äußern können. So gibt es die Möglichkeit Fehlentwicklungen frühzeitig zu beheben und die Qualität der Gesetzgebung zu erhöhen. Wir wollen auch mehr Transparenz und Bürgernähe durch ein breiteres Aufgabenspektrum der Bezirke: Wir Liberale

fordern im Sinne des Subsidiaritätsprinzips, dass die Bezirke zukünftig Aufgaben übernehmen, die bisher in der Zuständigkeit des Landes liegen, wenn sie auf Bezirksebene effektiver wahrgenommen werden können, sowie die Direktwahl von hauptamtlichen Bezirkstagspräsidenten.

Bündnis 90 – Die Grünen

Ehrenamtliche leisten einen sehr wichtigen Beitrag für unser Zusammenleben. Mit ihrem Engagement stärken sie das Rückgrat der Demokratie und sind eine wichtige Säule unseres Gemeinwesens. Damit die Herausforderungen nicht zu Überforderungen werden, braucht es unterstützende Rahmenbedingungen, wie bessere Strukturen, mehr Unterstützung für die Weiterbildung von Freiwilligen und eine qualifizierte Begleitung durch hauptamtlich Tätige. Wir wollen ehrenamtliche Einsatzkräfte auch für ihre Ausbildungs- und Trainingszeiten freistellen und den gesetzlichen Freistellungsanspruch für die ehrenamtliche Wahrnehmung eines kommunalen Mandats umsetzen.

Freie Wähler

Dass auch das Ehrenamt nicht ohne finanzielle Unterstützung auskommt, liegt auf der Hand. Viele Ehrenamtliche übernehmen Aufgaben, bei denen Kosten entstehen und oder berufliche Aktivitäten zum Wohle des bürgerschaftlichen Engagements zurückgeschraubt werden müssen. Wir FREIE WÄHLER treten für eine angemessene Anerkennung, auch finanzieller Art, für Bayerns Ehrenamt ein. Vor diesem Hintergrund erachten wir es daher als sinnvoll, die Ehrenamtszuschale zu erhöhen, so ist diese seit über fünf Jahren nicht mehr angepasst worden. Für uns FREIE WÄHLER steht fest, dass wir das Ehrenamt nicht nur über den bekannten grünen Klee loben wollen, sondern dieses tatsächlich fordern wollen. Dies funktioniert am besten, wenn wir darauf hinwirken, unnötige Bürokratie abzubauen. Hier machen wir uns beispielsweise für eine praxistaugliche Gestaltung der Versammlungsstättenverordnung stark. So sollten Veranstaltungen mit mehr als 200 Personen, die vorübergehend in Räumen durchgeführt werden, und nicht den Vorschriften der VStättV entsprechen, sollen auch vom Bürgermeister, bzw. Gemeinderat der betroffenen Kommune und nicht nur vom Landratsamt genehmigt werden können. Bisheriges Problem ist auch die Grenze von 75 m² Festfläche, ab welcher zum LRA gegangen werden muss. Hier wäre eine Grenze von 300 m² wünschenswert.